

## **Rede zum Personalvertretungsgesetz (Plenum vom 19.09.2007)**

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Sagel, fraktionslos.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn sich einige in der Koalition schon sorgen: Noch gibt es eine Opposition. Offensichtlich gibt es auch immer noch die SPD. Von daher ist Ihre Sorge an dieser Stelle unberechtigt.

Eines ist klar: Dieser Gesetzentwurf ist in keinster Weise zustimmungsfähig. Er ist so grandios schlecht, dass man ihn einfach nur ablehnen kann. Das ist die Realität.

*(Beifall von der SPD)*

Deswegen gibt es auch keine Änderungen.

*(Zurufe von der CDU: Oho!)*

Mit den geplanten Änderungen erleben wir auch ein besonders krasses Beispiel ideologischer neoliberaler Politik. Das sage ich heute schon zum dritten Mal an diesem Rednerpult, denn das zieht sich durch Ihre gesamte Politik im Moment. Es ist eine harte, brutale Attacke, die Sie hier auf Arbeitnehmerrechte unternehmen. Und die selbsternannte Arbeiterpartei CDU zeigt an dieser Stelle einmal wieder ihr wahres Gesicht.

*(Unruhe)*

Die hier mit den Stimmen von CDU und FDP im Landtag geplanten Änderungen am Personalvertretungsgesetz sind ungeheuerlich und arbeitnehmerfeindlich.

*(Anhaltende Unruhe – Glocke)*

Die CDU/FDP-Koalition beschneidet damit massiv das über Jahrzehnte bewährte Gesetz zum Nachteil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Das Ziel der CDU, den Personalabbau im öffentlichen Dienst zu beschleunigen und massiv Stellen abzubauen, ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Daher unterstütze ich die Forderung der Gewerkschaften nach einer leistungsstarken und funktionierenden Verwaltung im öffentlichen Dienst, bei der Polizei, den Schulen durch mehr und nicht weniger Mitbestimmung.

Ich erkläre mich an dieser Stelle deutlich solidarisch mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften

*(Zurufe von der CDU: Oh!)*

und allen Kräften, die Änderungen am Landespersonalvertretungsgesetz wieder rückgängig machen wollen.

Ich zitiere einige Punkte, die die Gewerkschaft selber dazu genannt haben: Mit dem generellen Zurückschneiden von Beteiligungsrechten der Personalräte und Rechten der Beschäftigten wird eine in Nordrhein-Westfalen jahrzehntelang gewachsene Mitbestimmungskultur geschwächt und beseitigt. Gerade sie hat die

gewaltigen Umstrukturierungen von Industrie und Verwaltung in der Vergangenheit ermöglicht.

Wäre sich die Landesregierung wirklich bewusst, dass die zur Reform der öffentlichen Verwaltung überfälligen Maßnahmen nur erfolgreich durchgeführt werden können, wenn die Beschäftigten diesen Prozess auch im Rahmen der Mitbestimmung aktiv mitgestalten, hätte sie von diesem Gesetzeswerk abgesehen. Mitbestimmung unterstreicht die Bedeutung der Menschen. Durch Mitbestimmung werden Entscheidungen im Konsens gefunden und damit Kosten verringert. Sie sorgt für Motivation bei den Beschäftigten.

*(Johannes Remmel [GRÜNE]: Du sollst nicht alles nur vorlesen, sondern deine eigene Meinung sagen! – Erhebliche Unruhe)*

– Sorry, aber so kann ich nicht reden.

*(Glocke)*

Wir wissen: Mitbestimmung bietet einen vielfältigen gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen. Sie dient als demokratische Kultur von wirtschaftlicher Macht und Willkür. Sie fördert Sozialverträglichkeit und unternehmerisches Handeln. Sie dient der Verbesserung des Betriebsfriedens. Sie sorgt für höhere Akzeptanz von Managemententscheidungen und unterstützt gute Unternehmensführung. Sie sichert Kooperation und fördert das Betriebsklima als wichtige Voraussetzung für Innovation.

*(Johannes Remmel [GRÜNE]: Du könntest wenigstens so tun, als wäre das deine eigene Meinung!)*

Empirische Studien belegen: Mitbestimmung rechnet sich.  
Herr Kollege Rudolph, der neoliberale Wolf ist halt ein echter Sympathieträger.  
Nomen est omen – da kann ich Ihnen nur völlig zustimmen.  
Ansonsten finde ich die Art und Weise, wie Sie hier mit mir umgehen, nicht besonders erträglich.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat für Bündnis 90/Die Grünen noch Frau Düker um das Wort gebeten.